



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Wahlperiode 2013 - 2018
am Donnerstag, 04.02.2016

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:13 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Jörn Puhle- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Aydin Candan- SPD

Katja Mentz- Bü90/DIEGRÜNEN

ab 16:13 Uhr

Felix Untermann- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Pastorin Dörte Eitel- AG Freie Wohlfahrtsverbände

Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring

Dagmar Hildebrand- CDU

Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände

Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände

Maria Köhler-Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN

ab 16:13 Uhr

Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring

Nicole Vollert- SPD

Kathrin Ziese- Lübecker Jugendring

Daniel Matthias Engelken- CDU

Vertretung für Herrn Röttger

Sven Quirder- SPD

Vertretung für Herrn Klüssendorf

Beratende Mitglieder

Fritz Knispel- BfL	
Dr. med. Martin Federsele- Die PARTEI-PIRATEN	ab 16:07 Uhr
Bacar Gadji- Forum für Migrantinnen und Migranten	ab 16:07 Uhr
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4	
Martin Kürle- DIE LINKE	
Lutz Regenbergl- Mitglied der Fachgruppe HZE	ab 16:06 Uhr
Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	Vertretung für Herrn Georg
Petra Scharrenberg- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für Frau Junghans
Christian Weise- Kreiselternervertretung	

Verwaltung

Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung
Angelika Kramm- FB 4 Fachbereichscontrolling
Doris Oldenburg- städt. Kindertageseinrichtungen
Achim Selk- FB 5 - Stadtplanung

Protokollführung

Sven Meinecke- FB 4 Fachbereichsdienste

Sonstige Personen

Annette Windmüller- JobCenter

Entschuldigte Mitglieder

Vorsitz

Tim Klüssendorf- SPD	Entschuldigt
----------------------	--------------

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Burkhard Röttger- CDU	Entschuldigt
-----------------------	--------------

Beratende Mitglieder

Karl-Heinz Georg- 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt	Entschuldigt
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Entschuldigt
Katrin Soomann- 2.515 BALI/JAW	Entschuldigt

Verwaltung

Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	Entschuldigt
Elke Sasse- Frauenbüro	Entschuldigt
Aiko Wagner- FB 4 Fachbereichscontrolling	Entschuldigt

Sonstige Personen

Karin Oswald- Seniorenbeirat

Entschuldigt

Norbert Schwarzschatz- Seniorenbeirat

Entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung von neuen Ausschussmitgliedern / Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Niederschrift vom 03.12.2015
3. Anliegen der Jugend
4. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 4.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1.1. Aktuelle Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
 - 4.1.2. Mdl. Bericht aus der Arbeitsgruppe zu Fehlzeiten in der Kindertagesbetreuung
 - 4.1.3. Präventiver Brandschutz in der Kindertagespflege
 - 4.2. Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV) bezüglich Kita-Beräten
Vorlage: VO/2016/03391
5. Berichte
 - 5.1. Mdl. Bericht Bundes- und Landesprogramme zur Kita-Förderung und was daraus entstanden ist
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Berufung von beratenden Ausschussmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag der Stadtelternvertretung
Vorlage: VO/2015/03188
 - 6.2. Soziale Stadt Moisling - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme (5.610)
Vorlage: VO/2015/03282
7. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8. Anträge von Ausschussmitgliedern
9. Verschiedenes
15. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung von neuen Ausschussmitgliedern / Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Puhle eröffnet die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesende Öffentlichkeit und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Puhle teilt weiterhin mit, dass Frau Senatorin Weiher wegen Krankheit und Herr Klüsendorf wegen einer anderen Verpflichtung sich für die Sitzung entschuldigt haben und nicht teilnehmen können.

Anschließend verpflichtet er Herrn Fritz Knispel mit den Worten: „Hiermit verpflichte ich Sie gem. § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle führt aus, dass ihm eine Anfrage von Herr Weise zur Ergänzung der Tagesordnung vorliegt. Die Anfrage wird der Tagesordnung als TOP 4.2 zugeordnet. Die Anfrage wurde zudem allen Mitgliedern des Ausschusses als Tischvorlage umverteilt.

Er erklärt weiterhin, dass die Verwaltung unter TOP 4.1 Mitteilungen der Verwaltung unter anderem mündlich über präventiven Brandschutz in der Kindertagespflege berichten wird. Dazu möchte die Verwaltung außerdem unter TOP 11.1.1 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung weitere Ausführungen ergänzen.

Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob sie den mündlichen Bericht im nicht öffentlichen Teil zur Kenntnis nehmen wollen. Die Mitglieder stimmen dem einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung wurden schriftlich nicht eingereicht, Herr Puhle fragt, ob mündlich weitere Anträge gestellt werden. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung ist damit in der um TOP 4.2 und 11.1.1 ergänzten Fassung festgestellt.

TOP 2 Niederschrift vom 03.12.2015

Herr Puhle ruft die Behandlung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.12.2015 auf und erklärt, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vorliegen und fragt, ob mündliche Einwendungen gegen die Niederschrift vorgebracht werden.

Eine Nachfrage von Frau Kuring-Arent wird von der Verwaltung beantwortet. Änderungsanträge werden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift vom 03.12.2015 ist damit festgestellt.

TOP 3 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

TOP 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 4.1.1 Aktuelle Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Frau Scharrenberg berichtet dem Ausschuss:

Fallzahlen zu Inobhutnahmen und Anschlussmaßnahmen 2015 und 2016

- Fallzahlen Inobhutnahmen 2015
 - insgesamt 330 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
 - davon ca. 80 % in der zweiten Jahreshälfte
 - zum Jahreswechsel 2015/2016 befanden sich 47 minderjährige Flüchtlinge in der Inobhutnahme
- Fallzahlen Anschlussmaßnahmen 2015
 - insgesamt 89 minderjährige Flüchtlinge in Anschlussmaßnahmen nach der Inobhutnahme
 - davon 19 Flüchtlinge, die bereits vor dem 01.01.2015 Leistungen der Jugendhilfe erhalten haben und
 - 70 neue Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung im Laufe des Jahres 2015
- Im Vergleich der Jahre 2014/2015 ist die Anzahl der Anschlussmaßnahmen in 2015 stark gestiegen. Nach den vorliegenden Zahlen endet jede vierte Inobhutnahme in einer Maßnahme der Hilfen zur Erziehung.
- Fallzahlen Inobhutnahmen 2016 – Stand 28.01.2016
 - 24 minderjährige Flüchtlinge wurden seit 01.01.2016 neu in Obhut genommen
- Fallzahlen Anschlussmaßnahmen 2016
 - 97 Anschlussmaßnahmen (d.h. 89 aus 2015 und 8 neue aus 2016)

Frau Scharrenberg informiert zudem über das bevorstehende Abstimmungsgespräch mit der Vorwerker Diakonie gemeinsam mit den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen zu dem Thema sowie über den in Kürze vorliegenden Bericht der Fachbereiche 2 und 4 gemäß Bürgerschaftsauftrag vom 26.11.2015 über die Kosten der Maßnahmen für Flüchtlinge, der auch dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt wird.

Hinweis:

Gem. Beschluss der Bürgerschaft zur VO/2015/03211, behandelt in der Sitzung vom 26.11.2015 unter TOP 10.25, wurde der Antrag auf Berichterstattung mehrheitlich abgelehnt. In soweit wird der im Rahmen der Sitzung des Jugendhilfeausschusses in Aussicht gestellte Bericht nicht erstellt. Eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses entfällt daher.

TOP 4.1.2 Mdl. Bericht aus der Arbeitsgruppe zu Fehlzeiten in der Kindertagesbetreuung

Herr Jürgensen berichtet, dass für die Auftaktveranstaltung alle Mitglieder des Ausschusses, Vertreter aller Kita-Träger sowie die Vertreter der Kreiseltervertretung und der Stadteltervertretung eingeladen waren.

Aufgrund der großen Beteiligung konnten bereits erste Ergebnisse erarbeitet werden.

Es wurde gemeinsam festgelegt, dass die ungeplanten Ausfallzeiten des Fachpersonals gruppenbezogen für ein Jahr erfasst werden. Es sind dazu die Auswirkungen auf die Betreuung sowie die Aktivitäten des Trägers zu dokumentieren, die unternommen wurden, um Betreuungseinschränkungen entgegen zu wirken.

Die Erhebung erfolgt nicht für die Vergangenheit, da die benötigten Informationen auf Basis einheitlicher Kriterien für abgelaufene Zeiträume nicht bei allen Trägern zur Verfügung stehen.

Herr Jürgensen wird auf Grundlage der vereinbarten Kriterien einen Erfassungsbogen entwickeln und zur Abstimmung an die Mitglieder der Arbeitsgruppe geben. Der abgestimmte Erhebungsbogen wird danach über die AG an alle Kita-Träger gegeben mit dem Ziel, die Erfassung der Ausfallzeiten für alle Einrichtungen möglichst ab 01.04.2016 für ein Jahr durchzuführen.

Im Anschluss daran erfolgt die Auswertung; ggf. werden Zwischenauswertungen durchgeführt.

TOP 4.1.3 Präventiver Brandschutz in der Kindertagespflege

Herr Puhle weist noch einmal darauf hin, dass hier der erste Teil des mündlichen Berichtes zum Präventiven Brandschutz in der Kindertagespflege vorgetragen wird. Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung werden die Ausführungen von Herrn Jürgensen ergänzt.

Herr Jürgensen trägt vor, dass die Hansestadt Lübeck unter anderem angeregt durch den fachlichen Austausch mit anderen Kommunen eine erneute Betrachtung des vorbeugenden Brandschutzes in der Kindertagesbetreuung und der dazu üblichen Praxis durchgeführt hat. Hieraus kam es zu der Erkenntnis, dass dem vorbeugenden Brandschutz bei der Erlaubniserteilung ein erheblich höherer Stellenwert beigemessen werden muss.

Dazu gibt es zwei maßgebliche Empfehlungen. Eine vom Bundesfamilienministerium und eine weitere von der Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren. Beide gehen davon aus, dass es bei bestimmten Gruppengrößen – ab 3 Kinder gem. Familienministerium bzw. ab 5 bei der AG der Berufsfeuerwehren – und einer Lage der Betreuungsräume oberhalb des Hochparterres notwendig ist, dass ein zweiter Fluchtweg vorhanden ist, um eine Rettung der Bedrohten im Brandfall zu gewährleisten.

Daraus folgt für die Hansestadt Lübeck (aus § 43 SGB VIII), dass künftig die Erteilung von Pflegeerlaubnissen und die Zusammenschlüsse von Betreuungsgruppen bis zu zehn Kindern nur im Erdgeschoss oder im Hochparterre ohne zweiten Fluchtweg genehmigungsfähig sind.

Für Bestandsfälle sind Übergangsregelungen vorgesehen. Herr Jürgensen weist aber darauf hin, dass nach Auswertung der bisher erteilten Erlaubnisse nur eine geringe Zahl von Betreuungsangeboten hiervon betroffen ist.

TOP 4.2 Anfrage des beratenden Ausschussmitglieds Christian Weise (KEV) bezüglich Kita-Beiräten Vorlage: VO/2016/03391

Herr Puhle ruft die Anfrage von Herrn Weise auf und bittet um kurze Erläuterung.

Herr Weise führt aus, dass es sich um eine Anfrage der Landeselternvertretung handelt, welche hier weitergeleitet wurde.

Frau Kramm weist allgemein darauf hin, dass für die Beantwortung schriftlicher Anfragen in der Regel formal recht aufwändige Verfahrensregeln einzuhalten sind durch die Verwaltung und regt an, bei Fragen, die eine kurze informelle Beantwortung möglich machen oder in kleineren Einzelfällen gerne direkt an die Verwaltung heran zu treten und so möglicherweise schnell und unkompliziert Antwort zu erhalten. Auf Wunsch könne hierüber im Ausschuss jeweils informiert werden.

Frau Oldenburg beantwortet die Anfrage für die städtischen Einrichtungen. Die Antwort wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Weise fragt nach, ob in städtischen Einrichtungen generell die Kita-Leitungen die Vertretung des Trägers in den Kita-Beiräten übernehmen und wie es sich bei den freien Trägern verhält. Dazu sprechen auch Frau Oldenburg, Frau Kramm, Frau Hildebrand und Frau Pastorin Eitel. Im Ergebnis gehört im Regelfall die Vertretung des Trägers in den Kita-Beiräten zu den Aufgaben der städtischen Kita-Leitungen, beim Kitawerk haben sich Frau Pastorin Eitel und Frau Wiederhold die Wahrnehmung dieser Aufgabe nach Einrichtungen aufgeteilt.

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Anfrage von Herrn Weise zur Kenntnis.

Im Anschluss an die Beantwortung verpflichtet Herr Puhle Herrn Bacar Gadji mit den Worten: „Hiermit verpflichte ich Sie gem. § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Herr Gadji war zu Sitzungsbeginn nicht anwesend.

TOP 5 Berichte

TOP 5.1 Mdl. Bericht Bundes- und Landesprogramme zur Kita-Förderung und was daraus entstanden ist

Herr Jürgensen berichtet dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation. Die wesentlichen Inhalte der Präsentation werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nachfragen von Frau Mentz, Herrn Dr. Federsel und Herrn Gadji beantworten Herr Jürgensen und Frau Kramm.

TOP 6 Beschlussvorlagen

TOP 6.1 Berufung von beratenden Ausschussmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag der Stadt Elternvertretung Vorlage: VO/2015/03188

Herr Puhle ruft die Vorlage zur Berufung von beratenden Mitgliedern für den Jugendhilfeausschuss auf und erfragt Wortmeldungen. Es erfolgen keine Wortbeiträge. Anschließend bittet Herr Puhle die Mitglieder um die Abstimmung über die Vorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig der Bürgerschaft zu empfehlen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Herr Thomas Mix, wohnhaft im Sauerbruchweg 48, 23562 Lübeck wird als Nachfolger von Frau Nicole Voß als beratendes Mitglied auf Vorschlag der Stadt Elternvertretung in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Frau Henrike Eggers, wohnhaft im Herrendamm 9 M, 23556 Lübeck wird als Nachfolgerin von Herrn Heiner Behlen als stellvertretendes beratendes Mitglied auf Vorschlag der Stadt Elternvertretung in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**TOP 6.2 Soziale Stadt Moisling - Planerische Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme (5.610)
Vorlage: VO/2015/03282**

Herr Selk führt in die Vorlage ein und erläutert dazu die Notwendigkeit, über die aufgerufene Vorlage zu beschließen, um über die Fördermittel verfügen zu können.

Frau Hildebrand verlässt den Sitzungssaal um 17:05 Uhr.

Herr Puhle ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

1. Das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) Moisling wird zur einheitlichen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling beschlossen und der weiteren Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ verbindlich zu Grunde gelegt.

2. Die aus dem IEK abgeleitete räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling wird als Maßnahmenggebiet gem. § 171e (3) BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

TOP 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Frau Hildebrand betritt den Sitzungssaal 17:07 Uhr.

Zum aufgerufenen Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

TOP 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil nicht berechtigt sind, den Saal zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:08 Uhr.

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil nicht berechtigt sind, verlassen den Saal.

Nichtöffentlicher Teil:

Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 17:12 Uhr

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Öffentlicher Teil:

TOP 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Puhle gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teile keine Beratungen durchgeführt und keine Beschlüsse gefasst wurden. Der Ausschuss hat einen mündlichen Bericht zur Kenntnis genommen.

Lübeck, den 25. April 2018

Vorsitz

Sven Meinecke
Protokollführung